

Rüstungskonversion und betroffene Arbeitsplätze

Mein Name ist Birgit Ahlmann, ich bin Mitglied im FfF und war bevor ich in Rente ging Betriebsratsvorsitzende in einem Kieler Rüstungsunternehmen. Heute möchte ich über das Thema Rüstungskonversion und betroffene Arbeitsplätze sprechen.

Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt von der Rüstungsindustrie oder von den Streitkräften abhängig sind:

Oft heißt es, die Folgen von Rüstungskonversion seien Arbeitslosigkeit und eine hoffnungslose Zukunft für die Beschäftigten, weil ihre Arbeitsplätze zerstört werden würden.

Dies bestätigen einerseits etliche Beispiele. Andererseits kann man militärische Arbeitsplätze in zivile umwandeln – sofern man eine konstruktive, vorausschauende Denkweise und einen guten Plan hat. Anschauliche Beweise zeigen, dass es in der Vergangenheit gelungen ist, durch Rüstungskonversion neue zivile Arbeitsplätze zu schaffen und so das vorhandene Know-how und die erlernten Fähigkeiten der Beschäftigten für neue Aufgaben, Produkte und Produktionsweisen zu nutzen.

Um wie viele und um welche Arten von Arbeitsplätzen geht es in der Rüstungsbranche? Welche Produkte in welchem Wert werden hergestellt? Aktuellen Zahlen zufolge entfallen jährlich 3,9 Milliarden € auf Rüstungsprodukte, also Waffen, während 18,7 Milliarden € mit Überwachungstechnik, Schutzeinrichtungen, Computer und Software umgesetzt werden. Es sind nicht nur Rüstungskonzerne an der Herstellung von militärischen Gütern beteiligt, sondern auch Mischkonzerne und zivile Konzerne wie beispielsweise VW oder Daimler, die Antriebe, Fahrgestelle oder ganze Fahrzeuge und dergleichen für militärische Zwecke liefern.

Der Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) gab zuletzt bekannt, dass es in Deutschland 98 000 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie gibt sowie 220 000 nachgelagerte. Die Arbeits- und Ausbildungsplätze, die direkt oder indirekt von der Rüstungsindustrie oder den Streitkräften abhängig sind, beinhalten ein breites Spektrum an Berufsbildern, Know-how und Fähigkeiten. Arbeits- und natürlich auch Ausbildungs- oder Studienplätze, die direkt oder indirekt von Rüstungskonversion betroffen waren oder wären, gab und gibt es bei der Bundeswehr sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich - ebenso wie bei den Rüstungskonzernen und ihren Zulieferern. Weitere betroffene zivile Arbeitsplätze sind im zivilen Umfeld von Bundeswehr oder im Zusammenhang mit Rüstungskonzernen zu finden wie z.B. die MitarbeiterINNEN der Controlling-Abteilung, des Sekretariats und der Personalabteilung – oder wie die Beschäftigten in der Bäckerei und im Supermarkt, genauso wie im Schnellimbiss, im Kindergarten, und in der Arztpraxis. Auch die Bundeswehrhochschulen sind zu nennen mitsamt dem jeweiligen Lehrkörper, den StudentINNEN, dem Reinigungs- und Kantinenpersonal. Dazu zählen auch die Ausbildungsplätze für StudentINNEN im dualen System, die an der Hochschule die Theorie lernen und in der Rüstungsindustrie, die teilweise ihr Studium finanziert, die Praxis in Vertrieb, Entwicklung oder Controlling üben und an beiden Lernorten ihre Bachelor- oder Master-Arbeit schreiben. Dies alles und mehr gilt es zu berücksichtigen, wenn man Rüstungskonversion „sozialverträglich“ umsetzen, neue Arbeitsplätze schaffen,

vorhandenes Know-how nicht verlieren und die Beschäftigten vor Arbeitslosigkeit schützen will.

Wie Beschäftigung im Falle der Rüstungskonversion erfolgreich entwickelt und gesichert werden konnte und kann:

Im Zuge von Glasnost und der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland zogen Anfang der 90er Jahre die Alliierten einen großen Teil ihrer in Deutschland stationierten Streitkräfte ab und die Bundeswehr reduzierte ihre Standorte und ihr Material. Dadurch wurden die von ihnen genutzten Flächen und Gebäude frei – und dies betraf nicht nur die militärischen Liegenschaften, sondern auch zivil genutzte Gebäude, Einrichtungen und Lieferanten. Viele Arbeitsplätze gingen verloren oder waren gefährdet. Andererseits bekamen auch die Rüstungshersteller anhand der schlechteren Auftragslage die veränderte Situation empfindlich zu spüren. Es mussten Ideen, Konzepte, Finanzierungspläne gefunden werden, um viele Arbeitsplätze zu retten.

Es ist nicht so einfach, wie es gelegentlich dargestellt wird: jeder habe die Wahl, niemand müsse für das Militär oder die Rüstungsindustrie tätig sein. Wer eine Familie zu ernähren hat, kann sich nicht immer den Luxus leisten, die Arbeitslosigkeit zu wählen, wenn ihm kein rein ziviler Arbeitsplatz, aber ein geeigneter Arbeitsplatz bei der Bundeswehr, in Misch- oder Rüstungskonzernen angeboten wird. Und wer sein Land oder seine Familie bedroht sieht, wird sich vermutlich verteidigen wollen oder erwartet, dass die Regierung das für ihn übernimmt. Mir geht es daher darum, nicht die Arbeitnehmer dafür verantwortlich zu machen, wenn Politik, Lobbyisten und gewinnsüchtige Konzerne die Angst der Bevölkerung vor Krieg und Terrorismus nutzen, um verstärkt Waffenproduktion, Waffenexporte und externe Bundeswehreinätze zu rechtfertigen. Und es ist wichtig, nicht die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeitnehmer an den Pranger zu stellen, denn auch sie haben gemäß Art. 23 der Menschenrechte „das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit“. Das Ziel von Konversion kann daher nur sein, die Umwandlung von militärischen in zivile Arbeitsplätze voranzutreiben – nicht jedoch, die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie zu verunglimpfen.

Als vielerorts wirtschaftlich sehr von den Streitkräften abhängiges Bundesland war Rheinland-Pfalz in den 1990er Jahren besonders stark vom Abzug der Alliierten betroffen. Und Bremen war als kleinstes Bundesland ebenfalls in spürbarem Maße vom Rückgang der Rüstungsaufträge für die Bundeswehr und die NATO-Partner betroffen da dort damals etwa 20 % der Industrie von der Wehrtechnik abhängig war. Beide Bundesländer mussten sich zur Rettung von Arbeitsplätzen in den 90ern daher sehr intensiv mit dem Thema Konversion beschäftigen.

In Rheinland-Pfalz waren seinerzeit etwa 175 000 Menschen auf militärischen oder zivilen Arbeitsplätzen bei den Streitkräften beschäftigt, darunter ca. 70 000 bei der US Army und ca. 40 000 bei der Bundeswehr. Es gab besonders viele militärische Standorte, etwa 7 % der Landesfläche wurde militärisch genutzt. Die signifikanten Truppenreduzierungen und diversen Standortschließungen nach dem Mauerfall bewirkten spürbare wirtschaftliche Verluste in den entsprechenden Regionen. Der Wegfall vieler Arbeitsplätze musste ausgeglichen und eine zukunftsorientierte Nutzung der stillgelegten militärischen Liegenschaften organisiert und gesichert

werden. Es wurde ein Konversionskabinett gegründet, das beauftragt wurde, die Koordination des Projektes Konversion durchzuführen, um Nachteile für die Menschen in der Region auszugleichen. Bevölkerung, betroffene Arbeitnehmer, Politiker, Behördenvertreter, Unternehmer und Gewerkschaften haben sich in Rheinland-Pfalz gemeinsam der anspruchsvollen Aufgabe gestellt. In ihrem Bericht weist die Regierung des Bundeslandes darauf hin, dass ca. 75 % der 14 000 ha freigegebener Konversionsfläche im ländlichen schwer entwicklungsfähigen Bereich lagen. Die Entwicklung der Infrastruktur musste gefördert, Wege- und Straßen mussten angelegt und Altlasten bereinigt werden. Auch für die Energie- und Wasserversorgung musste gesorgt werden. Modelle mit privaten Investoren wurden entwickelt und gefördert, neu angesiedelte Unternehmen schufen z. B. Arbeitsplätze im Bereich neue Technologie und regenerative Energie. Für die ehemals militärisch Beschäftigten gab es Beratungsstellen und Weiterbildungsangebote, die ihnen den Einstieg in zivile Arbeitsplätze ermöglichten. Diese Aufgaben beinhalteten ebenfalls die Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze.

Die geförderten Projekte und Maßnahmen haben in Rheinland-Pfalz den regionalen Arbeitsmarkt stabilisiert und die mittelständische Struktur gesichert, wie die Landesregierung in ihren Berichten betont. Die Wirkungskontrolle der Maßnahmen erfolgte u.a. durch die Universität Mainz. Alle zwei Jahre gab es einen Konversions-Sachstandsbericht. Und heute, mehr als 25 Jahre später, bezeichnet die Landesregierung Rheinland-Pfalz das Projekt Konversion von militärischen Arbeitsplätzen und militärisch genutzten Flächen als bisher sehr erfolgreich. Da das Bundesland aber nach wie vor stark von militärischer Anwesenheit geprägt ist, bleibt Konversion nach wie vor ein wichtiges Thema.

In Bremen waren zur Zeit der Wiedervereinigung 16% der Arbeitsplätze entweder direkt oder indirekt rüstungsabhängig wie das Netzwerk Friedenskooperative ausführt. Damals waren 12 große und mittlere Unternehmen Rüstungsbetriebe, die schwerpunktmäßig zu 40 % auf Elektronik, zu 31 % auf Schiffbau und zu etwa 25 % auf Luftfahrzeugbau spezialisiert waren. Die Arbeitsplätze der Bremer Rüstungsbetriebe waren durch den Rückgang der Rüstungsaufträge infolge der Wiedervereinigung besonders gefährdet - das Land Bremen war überproportional im Vergleich zu anderen Bundesländern betroffen. Es wurden Konversionsprogramme entwickelt und Bundes-, Landes- sowie EU-Gelder zur Konversion von Rüstungs-Produktion und Rüstungs-Arbeitsplätzen für das Land Bremen bereit gestellt. Wie auch in Rheinland-Pfalz fand sich ein breites Spektrum von für Konversion engagierten Menschen zusammen und ein Beratungsgremium bestehend aus Politikern, Gewerkschaftsvertretern, Betriebsräten, Mitgliedern der bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, Unternehmern, Wissenschaftlern und Arbeitnehmern, um Konzepte zu erarbeiten, zu prüfen und umzusetzen. Zielsetzung war es, durch Modernisierung die Rüstungsbetriebe in den Stand zu setzen, innovative Produkte für dual use zu fertigen ohne die Arbeitsplätze zu vernichten. Wenngleich zahlreiche Arbeitsplätze verloren gingen, so konnten doch etliche erhalten bleiben und zudem etwa 15 % in zivile Arbeitsplätze umgewandelt werden.

In den 90er Jahren wurden auch in Schleswig-Holstein verschiedene Konversionsprojekte in Angriff genommen. Wie Bremen, war S-H nicht nur von den Werften, sondern auch von der Rüstungsindustrie und den Streitkräften geprägt, und wie in RH-PF gab es im nördlichsten Bundesland teilweise eine existentielle

wirtschaftliche Abhängigkeit von Rüstungsindustrie und Streitkräften, so dass auch dort viele Arbeitsplätze nach der Wiedervereinigung gefährdet waren. Bei meinem ehemaligen Arbeitgeber in S-H habe ich die teilweise Umstellung von militärischen auf zivile Produkte, also Konversion, hautnah selbst miterlebt. Die Kreativität und das Engagement der Beteiligten waren sehr beeindruckend. Von drei großen Projekten hat eines bis heute überdauert. Aus Versuchen, gepanzerte Fahrzeuge der Bundeswehr mit einem Gasturbinenantrieb auszurüsten, wurde ein gasturbinengetriebenes ziviles Startaggregat für Flugzeuge entwickelt, das jeder Flughafen bzw. jede Fluggesellschaft benötigt, um bei Versagen der bordeigenen Startaggregate Flugzeuge starten zu können. Dieses Gerät wurde an die Flughäfen in aller Welt geliefert.

Eine Anmerkung zum Thema dual use: das gibt es auch in der umgekehrten Richtung. Leider wurde eines Tages zu diesem rein zivilen Konversions-Produkt auch eine militärische Variante entwickelt. Denn natürlich kann man mit diesem Startaggregat genauso gut militärische Flugzeuge starten. Inzwischen sind beide Anwendungen in vielen Ländern der Welt eingesetzt.

Dennoch: es ist möglich, die für militärische Produkte genutzten Technologien, Fähigkeiten und Produktionseinrichtungen für zivile Anwendungen zu nutzen und zivile Arbeitsplätze zu schaffen und / oder zu sichern. Doch wie die zuvor genannten Beispiele zeigen: dazu bedarf es guter Konzepte und Ideen und der Anstrengungen vieler.

Geld in unsere Zukunft investieren bedeutet:

Die dringend erforderlichen Investitionen in die Zukunft dürfen nicht länger durch Investitionen in Rüstung, Waffen und Kriege verdrängt werden, da es so viele andere von uns Menschen verursachte Probleme auf unserer Erde zu lösen gilt als Kriege. Statt Kräfte zu spalten oder zu vergeuden, sollten sie zusammengeführt werden, um soziale und Umwelt-Probleme zu lösen und das Überleben von Menschen, Tieren und Pflanzen sicher zu stellen, um den Klimawandel zu stoppen, die Verseuchung des Bodens, der Luft und des Wassers rückgängig zu machen – dafür sollte das Geld verwendet werden statt für Rüstung. Es müsste in die erforderlichen Technologien und Arbeitsplätze, in Forschung und Entwicklung und in ökologische und soziale Programme investiert werden. Richtig eingesetzt, könnten mit dieser Zielsetzung bisher rüstungsabhängige Arbeitsplätze in zivile, sichere Arbeitsplätze umgewandelt und dennoch Vollbeschäftigung gesichert werden. Es geht um Beides:

- Wiederaufbau in der Welt statt Zerstörung
- und die Schaffung sicherer ziviler Arbeitsplätze durch die vielen erforderlichen Aufbaumaßnahmen in unserer Umwelt.

Daraus folgt: Konversion ist nötig. Lasst uns dafür mit Nachdruck eintreten und lasst uns JETZT damit anfangen!

Birgit Ahlmann